

400/J XXI.GP

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Dietachmayr, Heidrun Silhavy  
und GenossInnen  
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
betreffend Ersatz der solidarischen Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht

In den letzten Jahren wurde von der damaligen Oppositionspartei FPÖ immer wieder die Forderung nach Ablöse des Prinzips der Pflichtversicherung in der Sozialversicherung durch eine Versicherungspflicht erhoben. Begründet wurde dies mit einem angeblich kostendrückenden Wettbewerb unter den Versicherungen in Verbindung mit einer Wahlfreiheit der Versicherten. Da einige Sozialversicherungsträger mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und im FPÖVP - Belastungsprogramm unklare Reformen der Sozialversicherungen angekündigt sind, ist zu befürchten, dass die bereits mehrmals angekündigte Umstellung der solidarischen Pflichtversicherung auf eine kostspielige Versicherungspflicht durch ein Initiative der FPÖ Sozialministerin bald erfolgen wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachstehende

### **Anfrage:**

1. Sind Sie für die Vielfalt der Sozialversicherungsträger?
2. Wie stehen Sie zur solidarischen Pflichtversicherung im System der österreichischen Sozialversicherung?
3. Wo könnten Ihrer Ansicht nach Ergänzungen der bestehenden Pflichtversicherung durch Versicherungspflicht sinnvoll sein?
4. Ab wann planen Sie den Ersatz der solidarischen Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht?
5. Finden Sie es gerechtfertigt, dass gleiche medizinische Leistungen je nach Krankenversicherungsträger verschieden honoriert werden?
6. Planen Sie diese Maßnahme mit der im FPÖVP - Belastungsprogramm angekündigten Senkung der Sozialversicherungsträger zu verbinden?

7. Besteht die Gefahr, dass sich im Falle der Versicherungspflicht die Versicherungsbeiträge am persönlichen Krankheitsrisiko des Einzelnen orientieren, was gerade für ältere und manuell tätige Arbeitnehmer eine extreme Verteuerung bedeuten würde?
8. Befürworten Sie unterschiedliche Beitragssätze zwischen Männern und Frauen?
9. Werden Sie einen Kontrahierungszwang für die Privatversicherungen bei chronisch Kranken und älteren Menschen einführen?
10. Welche Folgen für die soziale KV würde z.B. die Wahl des Versicherungsträgers für Personen haben, die ihren Wohnsitz nicht am Betriebsort haben?
11. Wie werden Sie verhindern, dass die privaten Krankenversicherer nicht die Beiträge in unzumutbarer Weise erhöhen (wie zB im Jahr 1999 um + 4,5 Prozent)?
12. Würden die Marketing - und Werbeaufwendungen der Versicherungsträger durch den Wettbewerb steigen?
13. Wie hoch würden die zu erwartenden Verwaltungskosten im Vergleich zu den bisherigen Verwaltungskosten der Sozialversicherungsträger ansteigen?
14. Wie kann ausgeschlossen werden, dass im Falle der Versicherungspflicht das Leitziel der Versicherer nicht das Gewinninteresse, sondern das Gesundheitsinteresse der Versicherten ist?
15. Welche Erfahrungen mit der Versicherungspflicht gibt es bisher in der Europäischen Union?
16. Wie hoch sind dort die Verwaltungskosten?
17. Wie hoch sind die Versicherungsbeiträge?
18. Ist es richtig, dass die Erfahrungen im bundesdeutschen Modell der Versicherungspflicht dahingehend sind, dass die Selbstbehalte gestiegen und wichtige Leistungen gestrichen worden sind?
19. Ist es richtig, dass die bisherigen Erfahren im Ausland zeigen, dass die Beitragssätze auseinanderfallen werden und ein zweifelhafter Wettbewerb um junge und gesunde, gutverdienende, isnbesonders männliche Arbeitnehmer, einsetzen wird?
20. Auf welche Art und Weise haben Sie vor die Versicherungspflicht einzuführen, ohne dass die oben angeführten Nachteile eintreten?